

General-Anzeiger

Elberfeld

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Barmen

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 1997.

Scharfes Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen und Bayern.

Absetzung der Regierung Sachsens. — Ernennung des früheren Reichsjustizministers Heinke zum Reichsverwalter. — Forderung an Bayern zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Befehlsgewalt über die bayerische Reichswehr.

Die Regierung teigert

zum Rücktritt aufgefordert.

WTB Berlin, 27. Okt. (Draht.) Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunikativen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Aufhebung gegen die Reichsregierung aufgefordert haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Reizner aufgefodert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des morgigen Tages erwartet, und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen wird.

GA Berlin, 28. Okt. (Eig. Draht.) Die Mitteilung eines Blattes, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts gegen das Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten gestimmt hätten, ist unrichtig. Der Beschluß, das Schreiben abzulehnen, ist einstimmig gefaßt worden.

Die sächsische Regierung lehnt ab und will bleiben.

WTB Dresden, 28. Okt. (Draht.) In später Abendstunde wird aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor, und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens zurückzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung an ihrem Posten ausbleiben. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung darüber herbeiführen.

GA Berlin, 29. Okt. (Eig. Draht.) Mit der Antwort der sächsischen Regierung auf das Ultimatum ist keineswegs eine Entscheidung gefallen. Es ist durchaus damit zu rechnen, daß sich der sächsische Landtag im Sinne der Reichsregierung entscheiden wird, da diese zunächst ohne weiteres die bürgerlichen Parteien auf ihrer Seite hat und voraussichtlich auch einige Sozialdemokraten gegen die Regierung stimmen werden. Die Sitzung des sächsischen Landtages findet bereits am Dienstag statt.

Die sächsische Regierung abgesetzt.

WTB Berlin, 28. Okt. (Draht.) Zu der Entscheidung der sächsischen Regierung wird heute mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch seine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Der Reichsverwalter für Sachsen.

GA Berlin, 29. Okt. (Eig. Draht.) Die Reichsregierung hat in Verfolg ihrer Befehle, in Sachsen wieder verfassungsmäßige Zustände herzustellen, den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinke zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Die Gründe der Reichsregierung.

Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zu der beschriebenen Forderung an die sächsische Regierung geführt haben, verläuft folgende: Der erste Grund für das Ultimatum ist die berühmte Rede des kommunikativen Finanzministers Böcker in Leipzig, die eine scharfe Hege gegen die Reichsregierung, den Militärbeschlüß, eine Aufforderung zum Widerstand und zur Neubildung und Verfassung roter Hundstrecken und zum Generalkrieg darstellte. Ferner hat Böcker eine ähnliche Rede aus dem Reichstagsratungsbuch am vergangenen Sonntag in Chemnitz gehalten. Dort ist vor allem auch Brandt für den Generalkrieg eingetreten und hat einen besonderen Hinweis auf den Reichspräsidenten gemacht, daß die Reichs-

regungen des Militärbeschlüßhabers grundsätzlich von der sächsischen Regierung entwerfen nicht ausgeführt, oder nicht weitergegeben, oder solange verzögert wurden, bis sie wirkungslos geworden waren. Die militärische Nachrichtenstelle der sächsischen Regierung entfaltete eine infame Hege gegen die Reichswehr und brachte verärgerte Bemerkungen über die Reichswehr in die Öffentlichkeit. Einer Anordnung des Militärbeschlüßhabers, diese Bemerkungen erst vorzulegen, wurde nicht stattgegeben.

Das beanstandete Flugblatt.

GA Dresden, 28. Okt. (Eig. Draht.) Das von der Reichsregierung beanstandete Flugblatt, das nicht von den kommunikativen Ministern, sondern von der kommunikativen Landtagsfraktion unterzeichnet ist, trägt die Überschrift: „Die Forderung der Reichswehr“. Darin wird behauptet, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschiert sei, um das Schrotkorn niederzuschlagen. Die sächsische Polizei solle mit Hilfe von Reichswehrsoldaten zu einer Nacht gegen die wertvolle Bevölkerung umgewandelt werden. Man solle auf das Verbot des Generals von Müller und auf alle Verbote, die noch kommen können. Das Verbot der Hundstrecken müsse beauftragt werden mit der Bildung neuer Hundstrecken in allen Orten, das Verbot der Wollensausstöße mit der Bildung neuer Wollensausstöße in jedem Betriebe. Ferner wird in dem Flugblatt gefordert, daß die Reichsregierung die Reichsregierung sehr bald der Generalstreik in Sachsen und Thüringen ausgerufen werde.

Uneinigkeit in der sächsischen Sozialdemokratie.

BB Berlin, 29. Okt. (Draht.) Die „Morgenpost“ meldet aus Dresden: Die sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt und Radbruch und der sächsische Landtag in Berlin, Gradnauer, sind in Dresden eingetroffen und haben in die Sitzung des Landesparlamentes der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmt eingegriffen. Die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie ist dabei zum ersten Male offen zum Ausdruck gekommen.

Blutige Zusammenstöße mit der Reichswehr in Freiberg.

Dresden, 27. Okt. Das Reichswehrkommando 4 teilt mit: In Freiberg kam es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anordnung der Polizei Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Aufsammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeibefehlshaber militärische Hilfe, da vier Reichswehrsoldaten im Volkstempel bedrängt wurden. Die Reichswehr säuberte den Volkstempel, befreite die vier bedrängten Reichswehrsoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Die Reichswehr machte in der Retzwehr von der Schusswaffe Gebrauch. Nach den bisherigen vorliegenden Nachrichten wurden 12 oder 13 Unruhestifter erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in die Stadt entsandt, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wiederherzustellen.

33 Tote.

GA Freiberg, 28. Okt. (Eig. Draht.) Im weiteren Verlaufe des Nachmittags hegte sich bei den Kämpfen die Zahl der Toten auf 23 und die der Verwundeten auf 30. Man beobachtete bei den Angreifern ein Maschinengewehr, Gewehre, Pistolen, Karabiner und Handgranaten. Von der Reichswehr wurden mehrere Gewehre radikal abgenommen. Wir erfahren dazu noch, daß der Angriff seit mehreren Tagen vorbereitet gewesen sein muß, denn aus der Umgebung Freibergs waren radikalisierte Elemente nach Freiberg gezogen worden. Unter den Toten befindet sich eine Frau. Die Reichswehr hatte zwei schwerere und einen leichteren Verletzten.

Forderung an die bayerische Regierung.

WTB Berlin, 28. Okt. Im Verlaufe der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gefandten der Länder gefassten Entscheidung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

München, 29. Okt. (Draht.) Die an Bayern gerichtete Note ist dem Ministerpräsidenten v. Spreti gestern (Sonntag) überreicht worden. Am heutigen Montag findet hier ein Ministerialrat statt, der sich mit der Note beschäftigen soll.

Dem „Vorwärts“ wird aus München berichtet, daß dort verlautet, die an die bayerische Regierung gerichtete Note der Reichsregierung sei inhaltlich viel schärfer, als aus der amtlichen Veröffentlichung hervorgeht. Die Note bestimmt Maßnahmen an, falls nicht baldige verfassungsmäßige Zustände wiederhergestellt werden. Die gereizte Kampfstimmung der derzeitigen Reichsregierung gegen Bayern ist dadurch noch gesteigert worden. Die Lage ist daher als äußerst ernst zu betrachten.

FZ München, 29. Okt. (Draht, der Frankf. Ztg.) Die Note der Reichsregierung an Bayern hat hier, wie von dieser unterrichteter Seite verläutet, eine Verschärfung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich bewirkt, und die Richtung, die bereit war, durch Verhandeln mit der Reichsregierung einen Weg zum Ausgleich zu finden, ist dadurch verdrängt worden. Zunächst wird wohl die bayerische Regierung feststellen, ob die Note der Reichsregierung ultimativen Charakter trägt.

Vor folgenschweren Entscheidungen.

GA Berlin, 28. Okt. (Eig. Draht.) Durch die energischen Schritte, die die Reichsregierung gegen Bayern und Sachsen unternommen hat, ist Deutschland folgenden Entscheidungen auf innerpolitischem Gebiete um ein beträchtliches nähergekommen.

Die Vorgänge in Sachsen in letzter Zeit haben im übrigen Deutschland eine höchst wachsende Beunruhigung hervorgerufen, und nachdem man in Dresden das letzte Warnungssignal, das in der Entscheidung von Reichswehrverfälschungen bestand, nicht erkannte oder nicht erkennen wollte, sah sich die Reichsregierung aus dringenden Gründen zum Eingreifen gezwungen. Es fragt sich nun, wie sich die maßgebenden Instanzen der SPD in Berlin zu der Sache stellen. Daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung ein Eingreifen gegen die Umtriebe des kommunikativen Flügel des sächsischen Kabinetts für notwendig halten, kann nicht in Frage gestellt werden. Dazu schreibt der „Vorwärts“ heute morgen: „Kein Zweifel, daß die Reichsregierung das Recht hatte, einzuschreiten. Den kommunikativen Regierungsmitgliedern mußte gesagt werden, daß der neu erwonnene Einfluß nicht dazu gebraucht werden dürfe, das Reich in Brand zu stecken. Die sozialdemokratische Partei Sachsens mußte darauf aufmerksam gemacht werden, welche Konsequenzen sich ergäben, wenn nicht die Unabwendbarkeit der Abkündigung ihrer kommunikativen Bundesgenossen im Sinne des von ihnen geschworenen Eides festzustellen war.“ An anderer Stelle heißt es im „Vorwärts“ aber: „Über was zu verhandeln war, das war ein gekündigtes, flüchtiges, nicht überlebensfähiges, schärfes vermeintliches Vorgehen, das die Waffen der arbeitenden Bevölkerung nicht vor den Kopf stieß. Stattdessen hat der Reichskanzler ein Ultimatum nach Dresden geschickt, das den Rücktritt der sächsischen Regierung fordert und für den Fall der Weigerung weitere Maßnahmen androht, worunter vermutlich die Einsetzung eines Reichskommissars für Sachsen zu verstehen sein dürfte. Damit wäre die Reichsregierung gegen Sachsen bis zu einem Punkte vorgedrungen, daß jedes staatliche Leben aufhört. Die Entscheidung zu diesem weitgehenden und Erregung erregenden Schritte ist überreift geklopft worden. Es ist kein Ausweg zu sehen, wenn es nicht gelingt, die Reichsregierung von ihrem falschen Wege zurückzubringen. Morgen schon kann die Reichsregierung vor der unentrinnbaren Entscheidung stehen, mit der Reaktion kumpfen oder schmachvoll vor ihr kapitulieren zu müssen. Aber sie wird diesen Kampf verlieren, wenn sie nicht bekennt, daß sie nur mit der Sozialdemokratie führen kann.“

Auch die Ereignisse, die zwischen der Reichsregierung und Bayern befallen, drängen zu einer Entscheidung. Die Dinge liegen heute so, daß binnen kürzester Frist entweder das Reichsregiment in Bayern oder die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zusammenbrechen muß. Es ist klar, daß im letzteren Falle alle Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung durch die neue Währung dahinfiel, und daß auch eine etwaige Besserung in der Außenpolitik dadurch wieder illusorisch bestimmt würde. Die Reichsregierung hat fast seit einer Woche verlor, mit Bayern zu Verhandlungen zu kommen. In der neuen Währungsnotlage gegen Bayern ist das erste Anzeichen zu erblicken, daß sich das Reich zur Wehr zu setzen beginnt.

Poincarés neueste Rede.

Die Ablehnung des englischen Konferenz-Vorschlages.

WTB Paris, 28. Okt. (Draht.) In der Rede, die Poincaré heute nachmittag bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Sampigny hielt, ging er zuerst auf die innerfranzösischen Verhältnisse ein. Dann wandte er sich Deutschland zu und führte aus:

Als Deutschland in diesem Herbst die Einstellung des notwendigen Widerstandes angelündigt hatte, glaubten wir, dies auf den nächsten Tag hinauszuverlegen zu müssen. Ich habe mich leider nicht getraut, als ich sagte, daß die Ausflüchte noch nicht zu Ende wären. Im vergangenen Jahre, bevor wir Länder mit Beschlag belegten, behauptete Deutschland, es könne uns die vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzten Schulden nicht zahlen. Durch unsere Befehle ist nachgewiesen worden, daß Deutschland vollkommen in der Lage war, auf diese Schulden zu verzichten. (Ja, wenn die Fabriken stillliegen oder die auf die Dauer unerträglichen englischen Rohstoffe bezogen werden.) Es hat kein System gesucht und erfährt und jetzt, wenn es tatsächlich in der Lage ist, die Durchführungen durchzuführen, bezieht es sich auf die Schulden, die es zu bezahlen hat. Die ganze Zahl der deutschen Schulden wird in der Gasse dieser Schwermut sichtbar.

Poincaré kam im Anschluß hieran auf die Sonderbündlerbewegung zu sprechen und zauderte nicht, folgende Sätze zum besten zu geben:

Wir haben es nicht vermieden, uns in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Welches auch künftig die Verfassung Deutschlands sein möge, welcher Art auch späterhin die gegenseitigen Beziehungen der Staaten sein mögen, aus denen unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages das Deutsche Reich zusammengefaßt war, niemals wird uns der Gedanke kommen, das Schicksal der Bevölkerung zu vernachlässigen. Wir führen keinerlei Annexionsabsichten. Aber wir werden nicht darauf verzichten, dauernde Sicherheitsgarantien zu verlangen.

Darauf phantasierte Poincaré wieder von den heimlichen Rüstungen Deutschlands und sagte, Frankreich werde wieder seine Schutzmacht nach seine Entschädigungsansprüche pressen.

Es weiß, daß wir unsere Pflichten nicht aus der Hand geben werden, bevor wir nicht den Betrag unserer Entschädigungen erhalten haben. Eine Sache ist es, durch eine aufrichtige Anerkennung den Zeitpunkt näherzurücken, in dem wir das Rechtgebiet räumen.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Poincaré ausdrücklich an die Verbündeten Frankreichs.

Was erwarten wir von unseren Verbündeten? Beidlich die Beachtung des Friedensvertrages, den sie geschlossen mit uns unterzeichnet haben. (Der aber von Poincaré im Vorgriff nicht vorstellt.) Die deutsche Schuld ist vom Wiederherstellungsausschuß festgestellt worden. Das Zahlungsschuldverhältnis ist Deutschland im Ultimatum mitgeteilt worden. Die Befriedung ist als endgültig, und da sie in Ausführung des Friedensvertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne unsere Zustimmung abgeändert werden. Der Friedensvertrag steht da ausdrücklich vor. Daß Deutschland keine Verabredung gemacht werden kann, es sei denn durch eine einstimmige Beschluß der Gläubigerregierungen. Frankreich hat zu viele Erfahrungen durchgemacht, um zu dieser Befriedung seine Zustimmung zu geben. Wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Ansehen zu stellen, Deutschland einen Sieg in der Konferenz zu gewähren, von der sie spricht, wenn sie wie wir hier leblich den Wunsch hat, die Wiederrückführung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so fällt es uns sehr leicht, uns über eine Idee zu verständigen, die in Paris wie Washington, in Brüssel und Rom bereits im Auge gefaßt wurde. Der Wiederherstellungsausschuß ist da. Er nimmt alle Tage Unterredungen vor. Ohne etwas verheißt Neues zu tun, steht es ihm frei, den offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten, die zusammen mit dem französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Entschädigungsplan verlangen sollen. Und das alles im Rahmen des Friedensvertrages. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß dem Wiederherstellungsausschuß eine Unabhängigkeit angedeihen wird oder daß man ihn durch ein Organ ersetzt, in dem unser Einfluß, der schon soviel hinter unseren Interessen zurückbleibt, noch weiter (N) eingeschränkt wird. Die Grenze unserer Angelegenheiten ist erreicht. Es liegt keinerlei Grund vor, dem Wiederherstellungsausschuß eine seiner wichtigsten Funktionen zu nehmen. Er muß vor jeder seiner Entscheidungen Deutschland die billige Möglichkeit gestatten, seine Einwendungen vorzubringen. Deutschland hat jetzt wieder Freiheit mit dem Ausschuss aufgenommen. Er wird die deutschen Vertreter zweifelsohne binnen kurzem anordnen. Basse man ihn arbeiten und sein Mandat ausführen!

Poincaré erwähnte dann im befehlenden auf die Rede des englischen Ersten Ministers in Plymouth, in der er aufgefordert wurde, es sich dreimal zu überlegen, bevor er die englischen Vorschläge ablehne.

Ich brauche nicht zu sagen, daß jeder Vorschlag des englischen Ersten Ministers von mir stets der engsten Ermägung wert befunden wird. Wie der englische Erste Minister, so wünschen auch wir, daß die Vereinigten Staaten sich bereit finden, sich nicht völlig abseits von der europäischen Politik zu halten. Wir glauben, daß der Kampf der Menschheit um so eher abebnet wird, wenn England die wirtschaftliche, finanzielle und moralische Solidarität zwischen dem alten und dem neuen Kontinent zusammenhält. Wäre der Welt jedoch eine internationale Konferenz benannt? Wie würde sie zusammengesetzt sein? Welches Zusammenwirken würde zwischen ihr und den Regierungen oder dem Wiederherstellungsausschuß bestehen? Was wären ihre Aufgaben? Das alles hat Fragen, die sich mir gleich zu Beginn meiner Erwägungen aufgedrängt haben und die zu lösen mir sehr gelegen ist. In England hat man mir viel über meine Sonntagsgespräche mitgeteilt.

Das Schoenm
Luudwig Goebel
Nette seiner di
öffnet, nachdem
den Schuerti v
jarmlich gezeie
wohl als
einer Morgen
sen, die
in den afusisch
Kloppal lodte,
in der Heimat
lich aufeinander
mußt. Wieviel
ferer großen V
gung beachtete
in den sechs
sicht bieten über
der Muffit im
lich in Norfand
Nicht nur a
aus inneren G
der gefirgen
Zwei Haydn-
Erfindung so f
und das G-D
seinen zu Höb
eingerahmt d
sen musikalisch
Wert 23 — un
hells so idass
von dem man
und Apotheker
hundert und z
quartetten und
rei Konzerten
spielt. Führt vo
gung des Gefir
Dittlerdorfi in
sten Haydnmoer
mäßig ausdrä
Aller Quar
Schoenmater-
häufiger Abim
Schoenmaters
als früher etw
fruchtbringende
für Vereingete
ner Ausprägung

(Eine Warnung für Heimatmüde.)

Die Reise.

Was bringt Buenos-Aires?
Der Morgen bricht an. Um acht Uhr beginnen die Auschiffung, und wer von allen, die Buenos-Aires zum ersten Male sehen, ist nicht enttäuscht und niederschlagen. Gewaltige Bauten. Lächer-

Mit demselben Erfolg wie bisher versuche die
 Armste irgendwo und so ununterzulegen, schon
 längst hat er seine Ansprüche hinabgeschraubt und
 seine Kräfte und Kenntnisse: für jede Arbeit angewen-
 det. Seelisch wie auch körperlich gemüthet und
 sucht er nunmehr sein Glück bei den deutschen Un-
 terstützungsgesellschaften, die aber in den meis-
 ten Fällen durch die gewaltigen Massen der Ein-
 wanderer so sehr in Anspruch genommen sind, da-
 ß sie nur den Rath geben können, ins Innere
 des Landes zu fahren. Doch wer will von
 neuem ins Ungewisse fahren? Ist nun nichts un-
 tersucht geblieben, irgendeine Arbeit zu finden,
 denn selbst die Anzeigen in den deutschen Zeitun-

Die Verhältnisse, die ich geschildert habe, werden wohl der Phantasie derjenigen, die noch hierher wollen, nicht entsprechen, doch jeder wird sich von deren Wahrheit überzeugen, wenn er obbesonders Hilfsmittel oder Anschluß an Familien in Argentinien ankommt.

Es ergibt sich ein Durchschnittszufluss von insges.
389 101 000 Prozent, und zwar entfallen auf:

Grund- u. Geb.-Steuern	1 609 090 v. H.
Kommun. u. Gebühren	23 655 000 v. H.
Straßenrein.-Gebühren	35 035 000 v. H.
Müllabfuhrgebühren	31 540 000 v. H.
Erdbeim.-Gebühren	367 242 000 v. H.

	439 101 000 v. S.
Zu diesen Betriebs-	
kosten kommen noch we-	
tere Zuschläge nach § 2	
der Ausführungsverord-	
nung, und zwar:	
für Steigerung der Sch-	
werbesteuern	80 v. S.
für Betriebskosten, die	
nicht umgelegt wer-	
den, einschl. der Ver-	
waltungskosten	29 999 920 v. S.
für laufende Instand-	
setzungsarbeiten	100 000 000 v. S.
	130 000 000

te-
daß sich der Gesamtzuschlag auf 389 101 000 v.
beläuft.

Bei gewerblichen Räumlichkeiten erhöht sich
das für Betriebskosten, die nicht umgelegt werden,
37 499 924 v. G., und der Satz für laufende In-
standsetzungsarbeiten auf 125 000 000 v. G. Außerdem sind
Verkehrungskosten (Heuer, Halbfahrt,
Wasserleitungsfußbodenversicherung) zu erheben. 2.
Vorliegendem ist die Berechnung der Betriebskosten
des Hauses, für welche Kanalabzugsgebühren, 2.
Heizungsanlagengebühren oder ähnliche Ausgaben nicht
einreichung sind, ohne weiteres möglich. Das Wasser-
geld ist in den Betriebskosten nicht enthalten, 3.
besonders nach den vom dem Wasserwerk herausgegebene
Richtlinien umzulegen. Die angegebenen Sätze für
Durchschnittssätze. Die endgültige Berechnung der
Betriebskosten nach den tatsächlichen Ausgaben zu
folgen.

Sicherheitsdienst in den Eisenbahnhöfen

Die Rotenpresse der Reichsbahn

Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankpräsidenten werden nunmehr an Stelle der Reichsbanknoten aus Zwanzig-, Zehn-, Fünf-, Zweifundzwanzig-, Fünf- und Hundert-Mark- und Fünfzig-Mark- Scheine in den Verkehr gegeben. Liefert die Notenpresse der Reichsbank nicht mehr genügend „Geld“, so daß die Eisenbank für sich eine eigene Notenpresse in Bewegung setzen muß? Oder ist diese Notenbruderei die neue „Kriegszugriffsmethode“ der Reichsbank, um den Festbetrag, mit dem sie, von den bekannten Umständen gezwungen, noch immer arbeiten muß, nicht noch deutlicher in die Erscheinung treten zu lassen? Durch Anzeigen in der heutigen Nummer wird die Ausgabe, von 20., 50., 100. und 1000-Mark-Scheinen bekannt gegeben.

(20) Die Einforderungen aus dem Publikum übernimmt die

Einzelhandel und Gewerkschaften.
Die Vereinigte Kaufmannschaft des Einzelhandels
e. B. Bremen, teilt folgendes mit:

Der von Deutschen Gewerkschaftsbund für das Deutsche Land veröffentliche Mahnruf an alle, die es an geht, darf in dieser überaus ernsten Zeit nicht ohne Weiteres bleiben. Was den Einzelhandel angeht, ist schon gesagt worden, daß er volles Verständnis für die Forderungen des Gewerkschaftsbundes hat und bereit ist, sich tatkräftig an unterzuziehen, weil gerade der Geschäftsmann den steigenden Gegenfa zwischen den heutigen Preisen und der Kaukraft aller Lohn- und Gehaltsempfänger täglich persönlich erlebt. Wir zweifeln aber nicht daran, daß die Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sehr wohl weiß, daß der Kleinhandl er am allermeisten etwas an den Preisen sein. Dem Verbrauch angefahte Waren ändern kann angefaht der Lasten, daß der Kleinhandl er seinen Lieferanten in Industrie und Großhandel nur gegen Goldmark oder Auslandswährung beliefert wird, und zwar unter Zahlungsbedingungen, die diesen Gruppen die volle Einbeziehung in Goldmark oder Auslandswährung gewährleistet. Deshalb muß noch zu wünschen gewesen, daß der zweifelslos vorhandene Mahnruf deutlicher zum Ausdruck gebracht hätte, an welche speziellen Adressen er sich richten sollte. Wenn der Gewerkschaftsbund es sich selbst, und nicht den verderbbringenden Preis in der Industrie, als sein Ziel der Vermeidung des Preisrückganges in der Handlung, so wird der Einzelhandel in seiner Preisgestaltung wohl absolut nicht anders kann, als die auf der gleichen Grundlage aufzubauen durch Anwendung eines an den Stand der Auslandswährung sich anlehnenden Multiplikators, soweit seine Vorlieferanten bei ihm die gleiche tun. Die unaussprechliche Folge wäre sonst, daß die Geschäftshaber nicht mehr in der Lage wären, die Waren zu beschaffen und zur Deckung ihrer Geschäftsbürden müßten. Die Verluste, die dem Einzelhandel schon dadurch entstehen, daß er bei der täglich unheillicher werdenden Marktpreissteigerung durch menschliche Empfinden sich davon abhalten läßt, den Multiplikator voll zur Anwendung zu bringen, sind um so mehr un erträglich, als der Einzelhandel ohnehin schon, wie die zusammenfassenden Läger beweisen, so erhebliche Teile des Bestandes eingebüßt hat, daß zahlreiche Geschäftsschließungen bevorstehen. Der Einzelhandel erklärt sich mit den Gewerkschaften solidarisch, wenn es sich darum handelt, dem Vöbel an die Wirtschaft zu gehen.

Eine weitere Hausbesitzer-Mitteilung:

Mein Mieter zahlte mir für seine Dreijährer-Vermietung am 1. 9. 1923 RM. 126 000. — August-Miete, gleichfalls in Goldpfennigen. Das Baßferger zahlte er gleichfalls, mit täglicher Selbstverrentung, wodurch 10% Goldpfennige verlor. Folglich hatte ich 5% Goldpfennige zu! Am 1. 10. 1923 zahlte er RM. 1 967 780. — September-Miete, gleich 4 Goldpfennigen. Das Baßferger zahlte er gleichfalls, aber wiederum später (obwohl er am Tage der vorerwähnten Zahlung aufgeführt worden war), mit täglicher Selbstverrentung, wodurch 8% Goldpfennige verlor, so daß ich erneut 4% Goldpfennige zulegen mußte. Daß der Mieter es annehmen sich an den ausgelegten enormen Inflationsgeschäften beteiligen, sei mir nebenher erwidert. Als ich ihm einmal erklärte, daß er in meinem Hause „umsonst“ wohnen da bei mir sogar wegen — (wer sagt das?) „Selbstverrentung“ belangen wollen! Mir dafen es in Deutschland wirklich weit gebracht! Im vorliegenden Hause handelt es sich um eine, keineswegs freiwillig rationierte Wohnung. In früherer Zeit, als das „Recht“ auch noch a „Recht“ galt, wurde jede Leistung bezahlt (denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert) — und heute? Heute wird eine Leistung des Hausbesitzers (wenn es nicht ganzaußordentlich, müßte man darüber lachen) nicht mehr bezahlt, sondern mit „Geldstrafe“ belegt!

Ein Hausbesitzer.

Sp.	50
riaad	200
er-W	150
iraben	50
Reß	50
A.-G.	0
Porz.	128
geln	200
bratt	10
Glau	20
upfer	28
er Fert.	250
er Gd.	30
asch.	2000
Dreud.	25
Walch.	300
	170
	845

von amtlich
t not. Werten

Petrol	265
Petrol	400
Evapo.	15
tor	310
er	—
Secker	475
heydi	400
Kali	—
e Kali	—
orange	—
a	—
atadi	26
hall	19
stanto	40
80	20
Soba	21
ident	100
Oms	—
Krone	—



OSRAM
NITRA

OSRAM

NITRA

Wer gutes Licht
will,
scheue die Kosten
nicht.

OSRAM
muß auf der Glasglocke stehen

Folge der Geldverwertung und der dadurch her-
beizuführenden Aufhebung des Zahlensystems, unter
der Wirkung die künftige Überwindung der De-
flation an den Postkonten ausserordentlich
leicht, sieht sich die Reichs- und Landesverwal-
tung nöthig, ihren gesamten Zahlungs- und
Rechnungsverkehr und das Gehaltsverwesen vom
1. November an auf die Millionenmark
rechnung einzustellen. Postanweisungen, Nach-
nahmen, Postaufträge, Verlangaben bei Vertrie-
bungen, Zahlarten, Postüberweisungen, Ertrags-
überweisungen, Postgeldes und Zahlungsanwei-
sungen dürfen vom 1. November an nur über
volle Millionen Mark lauten. Bei der An-
gabe des Betrags in Ziffern ist dabei an Stelle der
sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben.
z. B. ist also statt 16 000 000 Mark künftig 16 Mil-
lionen Mark zu schreiben. Die Stammeinlage, die
auf jedem Postkonten zu halten ist, wird auf
zehn Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchtheile
von 1 Million Mark, die über den 1. November
hinaus als Guthaben auf den Postkonten
stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

werden, wenn man sie nicht mehr brauchen kann, da schon eine neue Gebührensordnung eingetreten wäre. Rollenmarken wird es deshalb erst wieder geben, wenn ruhigere Verhältnisse auf dem Geldmarkt eingetreten sind. Eine wertbeständige Marke nach den Tariffkufen würde u. a. auch Rollenmarken möglich machen.

e. — Keine Kasse der Post für Geldentwertung. Ein Schade, der bei der Erlassstellung durch die Post infolge von Geldentwertung zwischen der Forderung und der Zahlung entsteht, wird von der Post nicht vergütet. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hatte einen Antrag in diesem Sinne gestellt. Der Reichspostminister hat darauf erklärt, daß die gesetzlich bestimmten Bestimmungen eine Rücksicht auf die Veränderung des Marktwertes nicht aufweisen. Gesetzlich wäre schon bestimmt, daß die Erlassbeträge für Pakete und eingekerkerte Sendungen bei jeder Erhöhung der Postgebühren im entsprechenden Verhältnisse erhöht werden. Auch wären die Postanstalten wiederholt angewiesen worden, das Erlassverfahren mit der größten Bescheidenheit durchzuführen. Die genannte Vereinigung ist jedoch mit dieser Abmahnung nicht zufrieden und hat weitere Schritte eingelegt.

GA. Berlin, 27. Okt. (Sig. Drathb.) Um die Finanzbehörde für die Aufgaben, die ihnen aus der Umstellung der Steuerberechnung auf Goldmark erwach-

W. Kallerhoff u. Frau
Elberfeld, 27. Okt. 1923

Kochschweigerung zu Barmen.
Dienstag, 30. Okt., vorm. 10 Uhr,
verheiratet im Kleiner Werth 8 m
geen dort: Gute althm. Karodm
del: Spiegelkranz, Damendrehm
Kuchendel Nothhülfe, Spiegel, Spiel
tisch, Plüschsof, ferner: Goldspie
Wachskerze, Vögelhülle, Lüge, holl
del: 100 St. 100 St. Betten, Nachtm
leinen, Beschaffenheit, 100 St. 100 St.
Kuchendel, Goldspie, Spiegel,
Plüsch, Silber, Leppiche, etc. 100
gestorbe u. 100
Verdächtigung eine Stunde vorher.
fermann Erdbeimann, verheirat
Sommer, i. d. Gb. 100 St. Barmen,
Barmen, i. d. Gb. 100 St. Barmen,
Barmen, i. d. Gb. 100 St. Barmen.

**Für das Lohnbüro eines großen
Werkes im Kreise Schwelm wird g
sofortigen Eintritt ein
zuverlässiger
junger Mann,
nicht unter 24 Jahren, gesucht. Ang
unter E 1658 an die Geschäftsst
dieses Blattes.**

Jüngerer Kontorist

für unser Lohnbüro gesucht.
Nachweis mehrjähriger gleicher Tätigkeit u. anderes Rechnen notwendig.
Nur schriftl. Bewerbungen an
Metall-, Holz- u. Plattierwerkzeuge
Gindridge, Luffermann & Co.,
Hamburg.

1. 11. gelbter. Frau
Dr. Robert. Elbert.
leib. Reimeritz 19. e
Heilich. Wachsen.
in d. Schenken 1.
in d. Schenken 1.
der selbsten Elbert
e. Reimeritz 4. e
Ordnung. Wachsen
für morgens gelbter.
Gern. Hoch. Elbert.
Reimeritz 13. e

Baufranz
achselig. 12730
Wachst. Reimeritz.
Name. Baufranz.
e. Reimeritz 13. e

ausgeh. Reimeritz.
leib. auf ein. Reimeritz.
el. Elbert. 19. e
leib. d. Reimeritz.
Gelb. Frau. e. Reimeritz.
auf ein. Reimeritz.
Reimeritz 57. 1190

Heiratsangelegenheiten

Ordnung. 49. 3. e
ausgeh. 1. Reimeritz.
Gelb. eines. Reimeritz.
Name. Baufranz.
Reimeritz. 11. Reimeritz.

Stellengesuche

Buchhalter,
in leit. Stes., plant.,
Hader, i. Devienhdi.
1019, Stenengangeh.
oek. bew., such. sich
Umst. hatz. baldigst
in veränd. Anst. u.
E 8380 an Seidg. *

Wir taufchen
Festmünder bei freier
Kausb., eins. od. in
neub. Stad. u. o. an
ver. Plätzen ein. oder
ausw. gegenwärtig
E. W. W. 132. 2

Marlen-Zigaretten
von 120 Mide an.
Verkauf ab Lager. Größte Quan-
titäten sofort lieferbar. ^{ab 70}
Tabale, Zigarren Hei- Ro,
Tabakwaren-großhandlung.
Berlin SO., Wienertrasse Nr. 8.

[illegible]

German II., über 12.

*Helf. Nr. 111
Beid. v. 2-3 t. 188.
G. Verfahr. 48. III

Teilhaber-Vertrater

Einkaufs- und
Verkaufsvertrater
für den Handel

Um unser Fuhrwerk
(Kotter kräft. Einspänner, Flachwag).
soll an Beschäftigten, werden mögl.
regelmäßige Fuhren gegen billiger
Berechn. in Stundenlohn übernommen.
Gef. Anged. unt. E 8379 an Geis.

Goldmarkterzeugung Schiffbau Ländel entlie- fene öffentliche Bedürftig u. H. 71	an 10. 1918 in Zusammenhang mit Gesuche Zoll, lo. Mann t. Schiffen, Ausg. H. 318 Rücklage von 1000.	aus dem Ausland nicht fange auf Nur einen Teil Berlin mit nur dessen bestimmten Ange- n. Z. 675 98.
---	---	--

German II., über 12.

*Helf. Nr. 111
Beid. v. 2-3 t. 188.
G. Verfahr. 48. III

Teilhaber-Vertrater

Einkaufs- und
Verkaufsvertrater
für den Handel

Bezugspreis
Zeit vom 20.
2. Nov. 11 bis
Ersteinstellung
des Tages
Grundzahl f
Göhe 136 r
100 %, fol. de
Familienanz
genüge u. d
anliegen
Kellern
(71 mm bei
x Schließel

Hauptge
Fernspre

Heber

GA. B
etwas sch
ten ge
regieru
zweifelh
nachsehen
kommis
men hat.
des Reich
fassungsm
nahme fo
tätigsteit
verfälsche
Wiederher
daher die
der die i
eine Kon
Rechte un
eine berar
Reichstom
der Beam
wird ang
einer der
nach Krä

Die W
die Herfu
auf eine
falls das
wird mar
beitsregie
N u m p f
zielbedur
bürgerlich
besindben
tagsabge
Weiß und
bewegen,
der Reich
partei an
streunden
Die Sozi
schen Tag
vorlomb
Der festge
sen nicht
ein Zusat
deren Vo
möglich k
tion auf
seine we
gehen de
noch ist a
vortläu
lichen im
nicht zu

Es ist
fraten
in änge
Sachsen
vorsichtg
Vortwurf
wärts“ h

„Anges
kommuni
tation in
Däte ma
würde die
wahrsche
gegangen,
nügliche
die Reichs
tritt der s
ein Maß
Regierung
wieder ge
als Regie
Lage gebi
man sich
wisse Se
worden is

Zum
gegen Be
dieser er
lassen w
Ausmaß

Das
zu einer
mit der
Vorher
tagsfrakt
Reichstas
zu sprech

Aufzu

BB 1
Messung
Epigeno
Gewerkf
nen Den
organisat
Eachsen
früh ein
Beschlusse

GA 2
Aufzu
zu einen
nigtens
dabt. J
tet, in
Sachse
Generall